

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4023

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4023



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin,
sehr geehrter Herr Bundeskanzler Thurnherr,
sehr geehrter Herr Chiesa,
sehr geehrter Herr Aeschi,
sehr geehrter Herr Pfister,
sehr geehrter Herr Bregy,
sehr geehrter Herr Burkart,
sehr geehrter Herr Cottier



Bern, 28. Juni 2022

Ausserordentliche von Wattenwyl-Gespräche zur drohenden Mangellage in der Gas- und Stromversorgung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin,
sehr geehrter Herr Bundeskanzler Thurnherr,
sehr geehrte Herren Chiesa, Aeschi, Pfister, Bregy, Burkart und Cottier

Sozialdemokratische Partei
Schweiz

Theaterplatz 4
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69

info@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch

Am 23. Juni 2022 hat der deutsche Vize-Kanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck die zweite Stufe des Notfallplanes Gas in Kraft gesetzt. Die Bundesregierung sieht die Versorgungssicherheit in Gefahr und will die Befüllung der Gasspeicher nun mit oberster Priorität voranbringen. Dieser Schritt verdeutlicht in aller Dringlichkeit, dass auch in der Schweiz in absehbarer Zeit eine Gas- und Strommangellage eintreffen könnte. Gemäss dem Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung ist der Bundesrat für die Sicherstellung der Landesversorgung zuständig, namentlich das Departement für Wissenschaft, Bildung und Forschung WBF (Art. 5). Trotz mehrfacher entsprechender Ankündigung bleibt allerdings bis heute unklar, welche Vorbereitungen für den Krisenfall getroffen worden sind.

Aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit erlauben wir uns mit diesem Brief ausserordentliche von Wattenwyl-Gespräche noch vor den Sommerferien vorzuschlagen. Wir haben uns erlaubt, Fragen im Anhang mitzusenden, welche für uns zentral scheinen. Gerne tragen wir zudem als Partei mit konkreten Vorschlägen zur Diskussion bei. Wir haben unsere Vorschläge am 2. Juni 2022 unter dem Titel «[Versorgungssicherheit im Winter: Bundesrat muss handeln](#)» bereits präsentiert.

Wir sind überzeugt, dass Regierung und Parteien der Bevölkerung schnell klare Antworten präsentieren sollten, wie wir die Versorgungssicherheit stärken und uns auf eine allfällige Krise vorbereiten.

Wir verbleiben mit der Versicherung unserer vorzüglichsten Hochachtung,

SP Schweiz

Handwritten signature of Mattea Meyer in blue ink.

Mattea Meyer
Co-Präsidentin

Handwritten signature of Cédric Wermuth in black ink.

Cédric Wermuth
Co-Präsident



Fragen der Sozialdemokratischen Partei für ausserordentliche von Wattenwyl-Gespräche zur drohenden Gas- und Strommangellage

1. Hat das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) seine Vorbereitungsarbeiten abgeschlossen, falls in den nächsten Tagen eine Mangellage bei Gas und/oder Strom eintreten würden?
2. Welche Massnahmen gedenkt das BWL zu ergreifen, um einen teilweisen Unterbruch der Versorgung auf gerechte Weise zu bewältigen?
3. Wann gedenkt das BWL den Bewirtschaftungsplan zu kommunizieren, um so alle betroffenen Akteure (Industrie, öff. Infrastruktur, Privathaushalte etc.) frühzeitig zu informieren?
4. EU-weit gilt die Vorgabe, die Gasspeicher zu 80% bis zum kommenden Winter zu füllen. Wie gewährleistet der Bundesrat, dass auch die Gasversorger der Schweiz diese Vorgabe erfüllen werden (indem sie in Speichervolumen in den umliegenden Ländern mieten und füllen)?
5. Hat das BWL Gespräche mit Vertreterinnen oder Vertretern jener Unternehmen geführt, die Erdgas verwenden, um den Schaden im Fall einer Knappheit so gering wie möglich zu halten?
6. Hat das BWL Gespräche mit den entsprechenden Stellen der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten geführt, um diese Situation zu bewältigen, das Risiko des Eintretens zu verringern und die Versorgung zu sichern?